

Beschluss Für eine Politik, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 Für eine Politik, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt
- 2 Gemeinsamer Antrag der Grünen Jugend MV und Constanze Oehlich, MdL
- 3 977 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben an 13 Orten in Mecklenburg-
- 4 Vorpommern an der U18-Wahl teilgenommen. Dabei entfielen 34,89 % der Stimmen auf
- 5 die AfD, 19,01 % der Stimmen auf Die Linke, 14,81 % der Stimmen auf die SPD und
- 6 11,76 % auf die CDU. Unter die 5-Prozent-Hürde fielen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 7 (4,83 %), BSW (4,31 %), FDP (3,57%) und die Tierschutzpartei (2,84 %).
- 8 Die Ergebnisse der U18-Wahl sind, so der Landesjugendring, nicht repräsentativ,
- 9 zeigen aber Tendenzen auf. Dass sich Kinder und Jugendliche von der Politik
- 10 immer weniger gesehen und gehört fühlen, werde seit Jahren von zahlreichen
- 11 Studien und engagierten Akteuren in der Jugendpolitik belegt. Der
- 12 Landesjugendring M-V fordert deshalb eine wirksame jugendpolitische Strategie
- 13 auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Diese müsse die anhaltend hohe
- 14 Kinder- und Jugendarmut angehen, die unzureichende Finanzierung und Ausstattung
- 15 der Jugendarbeit und -hilfe beheben sowie langfristige Angebote der politischen
- 16 Bildung und Demokratiebildung schaffen.
- 17 In Mecklenburg-Vorpommern sind 345.000 Menschen von Armut betroffen. Fast ein
- 18 Fünftel aller Kinder lebt unterhalb der Armutsgrenze, das heißt, das Einkommen
- 19 ihrer Familien liegt bei unter 60 Prozent dessen, was anderen Familien
- 20 normalerweise zur Verfügung steht. Besonders erschreckend ist: Immer mehr Kinder
- 21 und Jugendliche sind von Ernährungsarmut betroffen.
- 22 Die Zahl gewaltbereiter Jugendlicher in organisierten Neonazi-Gruppen wie ‚Jung
- 23 und Stark‘ oder ‚Deutsche Jugend Voran‘ steigt nach einem Bericht von
- 24 Innenminister Christian Pegel deutlich an. Rekrutiert wird in den sozialen
- 25 Medien, aber zunehmend auch in den Fankurven der Fußballstadien oder in
- 26 Kampfsportvereinen. Schon jetzt zeichnet sich ab: Im Bereich der „Politisch
- 27 Motivierten Kriminalität - Rechts“ wächst der Anteil jugendlicher
- 28 Tatverdächtiger.
- 29 Nach den jüngst von der Beratungsstelle LOBBI M-V veröffentlichten Zahlen haben
- 30 rechtsextreme Gewalttaten bei uns im Land einen absoluten Höchststand erreicht.
- 31 Ein Drittel der von den Taten Betroffenen sind Kinder und Jugendliche. Nicht nur
- 32 die direkt von rechtsextremer Gewalt Betroffenen leiden unter dieser
- 33 Entwicklung. Viele Menschen fühlen sich zunehmend bedroht – auch in Situationen,
- 34 die unterhalb der Schwelle körperlicher Gewalt bleiben.
- 35 In einem gemeinsamen Positionspapier der Landesschülervertretungen der Ostländer
- 36 heißt es: „Rechtsextremismus ist ein aktuell steigendes Problem der
- 37 Gesellschaft, bei dem wir feststellen müssen, dass es keinen Halt vor den Toren
- 38 der Schulen macht. Völkische Narrative, antisemitische Verschwörungstheorien und
- 39 extremistisches Gedankengut treten auch im Raum Schule immer häufiger zu Tage

40 und treffen dabei auf eine Schulgemeinschaft, die personell, materiell und vom
41 Wissen her schlecht vorbereitet ist.“

42 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern
43 beschließt:

44 Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Belange junger Menschen in den
45 Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen.

46 1. Kein junger Mensch darf in unserem reichen Land von Armut bedroht sein. Denn
47 Armut von Kindern und Jugendlichen bedeutet immer auch Ausgrenzung,
48 Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind, jede*r Jugendliche
49 verdient Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen
50 Herkunft abhängen. Dabei reicht es nicht, auf die Einführung einer
51 Kindergrundsicherung durch den Bund zu hoffen. Vielmehr muss die Landesregierung
52 flächendeckend für eine gute soziale Infrastruktur hier bei uns im Land sorgen.

53 2. Die Landesregierung muss gemeinsam mit dem Bund, den anderen Bundesländern
54 und den Kommunen eine wirksame jugendpolitische Strategie erarbeiten und damit
55 die anhaltend hohe Kinder- und Jugendarmut angehen, die unzureichende
56 Finanzierung und Ausstattung der Jugendarbeit und -hilfe beheben sowie
57 langfristige Angebote der politischen Bildung und Demokratiebildung schaffen.
58 Wir fordern hierfür die Schaffung der Stelle einer*eines Kinder- und
59 Jugendbeauftragten, die die Aufgabe erhält, dies sicherzustellen.

60 3. Junge Menschen brauchen Beteiligungsmöglichkeiten auf allen politischen
61 Ebenen. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Wir
62 fordern eine Absenkung des Wahlalters auch auf Bundesebene. Die rot-rote
63 Koalition hier bei uns im Land hat ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz
64 verabschiedet. Kinder und Jugendliche waren daran nicht beteiligt – und das
65 merkt man auch. Wir fordern die Regierungskoalition dazu auf, für
66 Nachbesserungen zu sorgen. Insbesondere sind die Beteiligungs- und
67 Mitwirkungsrechte von jungen Menschen verbindlich auszugestalten.

68 4. Junge Menschen haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt. Wir fordern wirksame
69 Präventionsmaßnahmen, eine konsequente Strafverfolgung sowie Maßnahmen zur
70 Qualitätssicherung und zum Kinder- und Jugendschutz in allen gerichtlichen
71 Verfahren. Dazu gehören auch Aufklärung, Ausbildung, Fortbildung, Beratung und
72 Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, Familien, Jurist*innen,
73 Mediziner*innen, Pädagog*innen und Polizist*innen.

74 5. Mehr als jeder zehnte junge Mensch in Deutschland hat noch nie von den
75 Begriffen Holocaust oder Schoah gehört. Das hat eine Umfrage im Auftrag der
76 Jewish Claims Conference ergeben. Aus Sicht des Landesschülerrats muss die
77 Institution Schule ein ausreichend großes Wissen über die Vergangenheit
78 sicherstellen. Erreicht werden könne das durch eine Stärkung des
79 Geschichtsunterrichts. Junge Menschen, die nicht den Umgang mit modernen
80 Informationsquellen erlernen, seien zudem dafür anfällig, sich über das Netz zu
81 radikalisieren und Grundprinzipien einer Demokratie zu hinterfragen. In der
82 Schule muss der Umgang mit diesen Medien vermittelt und gleichzeitig über die
83 Methoden der modernen Medien aufgeklärt werden. Auch sollten die Fächer wie
84 Politik oder Sozialkunde ausgebaut und im Wahlpflichtbereich attraktiver gemacht
85 werden. Diese Forderungen machen wir uns ausdrücklich zu eigen. Da die
86 Konfrontation mit antidemokratischen Inhalten immer früher beginnt, braucht es

87 eine entsprechende Antwort in der Demokratiebildung. Sie sollte so früh wie
88 möglich beginnen, um den Einflüssen von sozialen Medien schon von Beginn an
89 etwas entgegensetzen zu können.

90 6. Demokratie darf kein abstrakter Begriff sein, sondern muss immer wieder im
91 eigenen Alltag erfahren und erprobt werden können. Eine demokratische Jugend
92 braucht politische Wirksamkeit, sowie Bildung, die als Querschnittsaufgaben in
93 Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell gestärkt werden
94 müssen. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, dies sicherzustellen und
95 Demokratiebeteiligungsprojekte, Jugendverbände sowie Kulturangebote, besonders
96 im ländlichen Raum, zu fördern.